

Energie-Control Austria  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien  
Per Email: [gasnachweis@e-control.at](mailto:gasnachweis@e-control.at)

Wien, 17.05.2023

## **Betr.: Stellungnahme zum Entwurf einer Novelle der Gaskennzeichnungsverordnung 2023**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Als Anlagenbetreiber einer Biomethanproduktionsanlage in Österreich erlauben wir uns folgende Stellungnahme und ersuchen um Berücksichtigung:

### Zu 2., der beabsichtigten Änderung des § 1

Anders als in den Erläuterungen dazu ausgeführt wird, demnach „sprachliche Klarstellungen sowie Ergänzungen um die Speicherung und Umwandlung gemacht werden“, handelt es sich bei diesem Änderungsvorschlag in Teilen um eine wesentliche und nicht gesetzeskonforme Änderung.

Die Verordnungsermächtigung dazu ergibt sich aus § 130 GWG 2011 – dort heißt es (Hervorhebung nicht im Original):

*(8) Die Regulierungsbehörde kann durch Verordnung nähere Bestimmungen über die Gaskennzeichnung sowie die Ausgestaltung der Herkunftsnachweise erlassen. Dabei sind insbesondere der Umfang der gemäß §§ 129b und 130 bestehenden Verpflichtungen sowie die Vorgaben für die Ausgestaltung der Herkunftsnachweise zu den verschiedenen erneuerbaren Gasen und der Gaskennzeichnung gemäß diesen Rechtsvorschriften näher zu bestimmen.*

An wen sich diese Gaskennzeichnung richtet, ist wie folgt geregelt:

**§ 130.** (1) Versorger, die in Österreich Endverbraucher mit Gas beliefern, sind verpflichtet, auf der oder als Anhang zu ihrer Gasrechnung (Jahresabrechnung) für Endverbraucher den Versorgermix auszuweisen, der die gesamte Gasaufbringung des Versorgers für Endverbraucher berücksichtigt. Diese Verpflichtung besteht auch hinsichtlich des an Endverbraucher gerichteten kennzeichnungspflichtigen

*Werbematerials sowie der Internetseite. Die Ausweisung hat auf Basis der gesamten im vorangegangenen Kalenderjahr vom Versorger an den Endverbraucher verkauften Gasmengen zu erfolgen.*

Eine Erweiterung in § 1 durch die Wortfolge „sowie zum internationalen Handel“ würde die Verordnungsermächtigung des § 130 Abs 8 GWG überschreiten, weil sich der Regelungsgegenstand **ausschließlich an Versorger, die in Österreich Endverbraucher mit Gas beliefern**, wendet.

Die Wortfolge „sowie zum internationalen Handel“ ist daher bitte ersatzlos zu streichen.

Zu 10. (§ 7 Abs 1)

Der Vorschlag der Neufassung lautet demnach (Ergänzung unterstrichen):

*§ 7. (1) Wird von der Regulierungsbehörde festgestellt, dass ein Nachweis nicht rechtzeitig gemäß § 81 Abs 3 EAG bzw. § 129b Abs 4 GWG 2011 in der Datenbank erzeugt wird oder den gesetzlichen Vorgaben oder den Bestimmungen dieser Verordnung entspricht, wird dieser Nachweis von der Regulierungsbehörde nicht für die in § 130 GWG 2011 und die in dieser Verordnung vorgesehenen Zwecke anerkannt.*

Weder in § 81 Abs 3 EAG noch in § 129b Abs 4 GWG 2011 ist eine zeitliche Frist angegeben, bis zu der die Anforderung zur Ausstellung von HKN gestellt werden muss; der vorgeschlagene Zusatz bleibt daher unverständlich und sollte nicht eingefügt werden.

Wir gehen davon aus, dass der wirtschaftliche Druck für Anlagenbetreiber, ihre Produktion inkl. HKN zu verkaufen, ausreicht, HKN so rasch wie möglich ausstellen zu lassen.

Worum geht es in § 81 Abs 3 EAG bzw. § 129b Abs 4 GWG 2011 im Grunde?

*(3) Der Bilanzgruppenkoordinator oder die Netzbetreiber, an deren Netze Anlagen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen angeschlossen sind, haben auf Verlangen des Anlagenbetreibers durch monatliche Eingabe der in das öffentliche Netz eingespeisten Nettoerzeugungsmengen in der Herkunftsnachweisdatenbank die Ausstellung von Herkunftsnachweisen durch die Regulierungsbehörde anzufordern.*

*(4) Der Bilanzgruppenkoordinator hat auf Verlangen des Anlagenbetreibers durch monatliche Einmeldung der in das öffentliche Netz eingespeisten Gasmengen in der Herkunftsnachweisdatenbank die Ausstellung von Herkunftsnachweisen durch die Regulierungsbehörde anzufordern.*



Es geht in beiden Bestimmungen im Kern um die Ausstellung von HKN und nicht um die Meldung von Produktions- oder Einspeisemengen. Der Umstand, dass die Ausstellung von HKN nur auf Basis von eingespeisten Mengen erfolgen darf, versteht sich von selbst und muss nicht gesondert begründet werden. Da es aber auch Gasmengen gibt, die nicht für Zwecke der Gaskennzeichnung im Inland verwendet werden, ist unseres Erachtens die Meldung bzw. Aufnahme solcher nicht für die Gaskennzeichnung in Österreich verwendeten Gasmengen ins ECA Register unrichtig.

In den Erläuterungen (zu § 7) zur Gültigkeit von Nachweisen heißt es (Hervorhebung nicht im Original):

*„Klargestellt wird weiters, dass Nachweise aus anderen, ohne gesetzliche Grundlage erstellten Datenbanken nicht in die Herkunftsnachweisdatenbank der E-Control übergeführt und nicht für die Kennzeichnung verwendet werden können. Weiters ist vom Anlagenbetreiber sicherzustellen, dass es zu keinen Doppelmeldungen der ins öffentliche Netz eingespeisten Produktionsmengen in der Registerdatenbank der Regulierungsbehörde und möglichen anderen, ohne gesetzliche Grundlage agierenden Datenbanken kommt. Ein Fehlverhalten der Anlagenbetreiber bzw. sonstiger Marktteilnehmer kann von der Regulierungsbehörde mittels Bescheid und Verwaltungsstrafanzeige geahndet werden.“*

Ein Anlagenbetreiber kann nur unter der Voraussetzung, dass die Regulierungsbehörde nur so viele Herkunftsnachweise in ihrer Datenbank generiert, wie der Anlagenbetreiber angefordert hat, sicherstellen, dass es zu keinen Doppelmeldungen kommt.

Solange die Regulierungsbehörde die Anforderungen des Anlagenbetreibers ignoriert und stets für die gesamte in einem Monat eingespeiste Menge in ihrer Datenbank Herkunftsnachweise generiert, die gar nicht angefordert wurden, ist es sachlich nicht gerechtfertigt dem Anlagenbetreiber Verantwortung für entstehende Doppelmeldungen aufzubürden.

Sollte die Regulierungsbehörde darauf bestehen, dass alle eingespeisten Monatsmengen zunächst in ihrer Datenbank eingemeldet werden (wofür ja durchaus Einiges spricht), muss sie gleichzeitig sicherstellen, dass es eine Schnittstelle zum Biomethanregister des Bilanzgruppenkoordinators gibt, das ebenfalls auf einer gesetzlichen Grundlage (nämlich § 21 Abs 1 ÖSG 2012) basiert und agiert, sodass die Biomethanmengen, die nicht für die Gaskennzeichnung in Österreich verwendet werden, auf dieses Biomethanregister transferiert werden können.

Nur so wird eine Doppelverwertung verunmöglicht und die Existenzgrundlage der bestehenden Biomethaneinspeiseanlagen bleibt erhalten und wird nicht vernichtet, was von der RED II auch gefordert wird (s. Artikel 19 Abs 2: Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass dieselbe Einheit von Energie aus erneuerbaren Quellen nur einmal berücksichtigt wird und auch der einzige Sinn der RED II ist: die Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen).

Diese konnten nämlich gar keine finanziellen Unterstützungen auf Basis des EAG erhalten und waren daher gezwungen, andere Verwertungsschienen als die Gaskennzeichnung in Österreich zu finden und das produzierte Biomethan anders zu verwerten. Diese Möglichkeiten müssen erhalten bleiben.

#### Zu 11. (§ 7 Abs 2)

Die vorgeschlagene Änderung widerspricht der gesetzlichen Regelung, demnach HKN eine Gültigkeitsdauer von 12 Monaten haben (§ 129b Abs 7 GWG und § 83 Abs 2 EAG) und sollte daher entfallen.

#### Zu 12. (§7 Abs 3 und 4 neu)

Beide vorgeschlagenen Absätze sind bereits gültige Rechtslage und daher entbehrlich.

#### Zu 13. Neue Paragraphen 7a und 7b

##### Zu § 7a

Die Verordnungsermächtigung nach § 130 GWG 2021 erstreckt sich nur auf Herkunftsnachweise für die Gaskennzeichnung in Österreich. Die Verordnungsermächtigung des § 129b Abs 5 GWG erstreckt sich nur auf die Anerkennung von Herkunftsnachweisen aus anderen Staaten zur Gaskennzeichnung in Österreich. Eine Ausweitung des Geltungsbereichs der Gaskennzeichnungsverordnung auf den internationalen Handel von in Österreich erzeugtem Biomethan, insb auf die Übertragung von österreichischen Herkunftsnachweisen in ausländische Register (Entwurf zu § 7a Abs 2), ist gesetzlich nicht gedeckt und daher gesetzwidrig. Dies ist ausschließlich Regelungskompetenz des jeweiligen Ziellandes.

Wir ersuchen daher um Streichung dieses Paragraphen oder Einschränkung auf den Regelungsgegenstand der Verordnungsermächtigungen.



Zu 7b

Hier bleibt unklar welche statistischen Daten *zur Verwendung von Herkunftsnachweisen* zur Verfügung gestellt werden sollen. Es gibt nach dem Gesetz nur eine einzige Verwendungsart von Herkunftsnachweisen, nämlich die Kennzeichnung von Gaslieferungen an Endverbraucher in Österreich. Datenbekanntgaben können und dürfen sich daher auch nur auf diesen Regelungsgegenstand der Gaskennzeichnungsverordnung beziehen.

Zu 14. (§ 8 Abs 2 - In Kraft treten)

Nach dem Entwurf soll die Neufassung der Verordnung bereits auf *im Kalenderjahr 2023 gelieferte Gasmengen* anzuwenden sein. Das würde im Ergebnis ein rückwirkendes Inkrafttreten zum Jahresbeginn 2023 bewirken, für das keine sachliche Rechtfertigung vorliegt und die verfassungswidrig wäre.

Mit der Bitte um entsprechende Berücksichtigung

  
Stefan Malaschofsky